

2 Ausstattung und Verselbständigung der Abteilung Westen 1926 – 1945

2.1 Haushalt und Finanzierung

Formal verfügte die im Jahr 1926 eingerichtete Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung noch nicht über einen unabhängigen eigenen Etat, sondern war in den Haushalt des IfK eingebunden.¹ Die Gelder, die Däbritz im rheinisch-westfälischen Raum für die Abteilung Westen einwarb, wurden allerdings über den Berliner Haushalt des IfK nach Essen durchgeschleust.² Bei der Gründung der Zweigstelle hatten die Stadt Essen, der Verein der bergbaulichen Interessen und die IHK Essen zugesagt, für die Finanzierung jeweils einen Jahresbeitrag von 10.000 M nach Berlin zu überweisen.³

Nach einem Zeitungsausschnitt aus der *Kölner Zeitung* vom 10. März 1928⁴ waren für den Etat des Geschäftsjahres 1928 50.000 RM an Ausgaben angesetzt: „Dazu zahlt die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (wie für 1927) 10.000 Mark, die Stadtverwaltung Essen (wie für 1927) 10.000 Mark, der Verein der bergbaulichen Interessen (wie für 1927) 5.000 Mark, die Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets (wie für 1927) 10.000 Mark und die Rheinprovinz zum ersten Male 15.000 Mark, wenn der Provinziallandtag⁵ es genehmigt.“ Zusammen mit der Rheinprovinz erreichten die Beiträge für das Haushaltsjahr 1928/29 sogar 51.000 RM.⁶ Tabelle 1.4–1 führt die im IfK-Haushalt ausgewiesenen Mittel für

1 Beim IfK in Berlin wurden die *Jahresbeiträge* der Kuratoriumsmitglieder und anderer Spender für Essen im Haushaltsplan für 1928/29 unter „Ruhrgebiet“ und „Landeshauptmann Dr. Horion (Rhein. Provinzialverb.)“ aufgeführt. (GStA PK I. HA Rep 120 C VIII 2a Nr. 33, Bd. 1). Die Ausgaben in Essen erschienen unter dem Sammeltitle „Vergütung für auswärtige Mitarbeit“ ohne Spezifizierung. Siehe Protokoll der Kuratoriumssitzung von November 1929, BA R2501/6835.

2 Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets vom 22. 2. 1928, WWA K1 Nr. 571 S. 2. Zum Folgenden siehe auch Kulla (1996, S. 75–77), der zum Teil dieselben Quellen heranzog.

3 Brief von Däbritz an Hugo (IHK Bochum) vom 26. 3. 1927, WWA K2 Nr. 259. „M“ steht für „Reichsmark (RM)“.

4 WWA K2 Nr. 259. Genau die im Zeitungsausschnitt genannten Förderer führte Wagemann auf, als er auf der Kuratoriumssitzung am 18. 7. 1928 gefragt wurde, „was man eigentlich im Kuratorium unter „Ruhrgebiet“ [im Haushaltsplan] zu verstehen habe“. GStA PK I. HA Rep 120 C VIII 2a Nr. 33, Bd. 1, F. 193.

5 Begründet wurde die Vorlage u. a. damit, dass „das Institut auf dem Gebiet der Rheinprovinz seinen Sitz habe und seine Forschungsarbeiten in erster Linie der rheinischen Wirtschaft und Bevölkerung zugute kämen. Dann müsse das Institut zur Wahrung seiner streng wissenschaftlichen Objektivität auch auf eine Förderung durch die rheinische Provinzialverwaltung als die berufene Vertretung der rheinischen Gesamtbevölkerung besonders Wert legen.“ WWA K2 Nr. 259.

6 Siehe Tabelle 1.4–1.

die Abteilung Westen für die Haushaltsjahre 1926/27 bis 1934/35, den letzten gemeinsamen Etat, auf.

Tabelle 1.4 – 1: Jahresbeiträge an das IfK für die Abteilung Westen (Ruhrgebiet) 1926/27 – 1934/35 in RM

Haushaltsjahr	Soll	Ist
1926/27	30000	30000
1927/28	40000	33000
1928/29*	51000	51000
1929/30*	55000	48775
1930/31*	50650	50650
1931/32**	52850	
1932/33***	26100	26806
1933/34***	20000	
1934/35#	33350	32825

* 15000, ** 12000, *** 5000 vom Rheinischen Provinzialverband

mit dem Rheinischen Provinzialverband

Quelle: Haushaltspläne des IfK

BA R2501/6834 u. 6835; R41/798

GSPKI HA Rep 120 C VIII 2a Nr. 33, Bd. 1

Für die Verankerung und Finanzierung der Essener Abteilung im rheinisch-westfälischen Raum suchte das Institut von Anfang an die Unterstützung der regionalen Industrie- und Handelskammern. Jedoch wurden die von den Kammern des Ruhrgebietes bereitgestellten Mittel für das IfK, die an die Dachgesellschaft aller deutschen Industrie- und Handelskammern, den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), flossen, nicht an die Essener Zweigstelle weitergegeben. Der DIHT war von Anfang an im Kuratorium des IfK⁷ vertreten und hatte bereits 1924 beschlossen, dem zu gründenden Institut „vorläufig eine einmalige Spende in Höhe von M 30.000. – zuzuwenden.“ Der Betrag wurde auf die Mitglieder umgelegt, sodass auf die IHK Bochum 207,10 M entfielen. Auch in den Folgejahren unterstützte der DIHT das IfK, allerdings reduzierte er seinen Beitrag für 1926 auf 15.000 M.⁸ Weil die Umlage des DIHT-Beitrags an das IfK nicht an das Essener Institut weitergeleitet wurde, akzeptierten die Ruhrgebietskammern die Zahlung in den Folgejahren nur widerwillig und

⁷ Siehe den Bericht über die „Gründungssitzung“ des IfK im Rundbrief an die Mitglieder des Deutschen Industrie- und Handelstags vom 18.7.1925, WWA K2 Nr. 259. Der DIHT gehörte zur Gruppe der Kuratoriumsmitglieder (Reich, Reichsbank, Reichsbahn und Reichsverband der Deutschen Industrie) mit dem höchsten Beitrag.

⁸ Deutscher Industrie- und Handelstag, Rundbrief an die Mitglieder (hier IHK Bochum) vom 27.6.1925. Siehe Rundbrief des DIHT vom 28.6.1926. Von der IHK Bochum wurde der „Mindestbeitrag“ von 157,80 M gefordert. Siehe jedoch die Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaft der Ruhrkammern vom 5.7.1926, auf der 10.000 M als Beitrag des DIHT genannt wurden. WWA K2 Nr. 259.

verweigerten sie schließlich.⁹ Allerdings musste der Zweckverband der Industrie- und Handelskammern (Bochum, Dortmund, Essen und Münster) noch 1931/32 auf das bereits praktizierte Verfahren hinweisen: Man sei nicht bereit, sich an dem vom DIHT an das IfK in Berlin gezahlten Beitrag zu beteiligen, da „wir bereits der Zweigstelle in Essen einen jährlichen Beitrag zur Verfügung stellen.“¹⁰ Erst 1937 vereinbarte die Berliner Zentrale des IfK mit der Reichswirtschaftskammer, dass deren Beitrag von 60.000 RM vom Haushaltsjahr 1939/40 an nicht mehr auf die Mitgliedskammern umgelegt würde.¹¹

Dabei hatte Däbritz bereits Anfang 1927 angeregt, die direkte Finanzierungszusage der IHK Essen für die Abteilung Westen des IfK von 10.000 M zu erhöhen und auf die anderen Kammern des Ruhrgebietes umzuverteilen.¹² „[...] die inzwischen von uns aufgenommenen Arbeiten [hatten sich] de facto sehr rasch über unseren engeren Bezirk hinaus erstreckt. [...] Aus diesem Grunde habe ich den Vorschlag gemacht, dass anstelle der Industrie- und Handelskammer Essen vom laufenden Jahr ab die sechs Ruhrhandelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Krefeld und Münster treten, wobei sich zugleich vielleicht eine Erhöhung des Jahresbeitrages für Berlin von M 10 000 auf M 15 000 unter Repartierung auf die sechs Stellen ermöglichen lassen wird.“ Darüber hinaus stellte Däbritz in Aussicht, „dass ein Vertreter der Kammern in das Berliner Kuratorium eintritt.“¹³

9 Die Rundbriefe des DIHT von 1927 an sprachen von „freiwilligen Beiträgen“, die 1927 „entsprechend [denen] des Vorjahres aufs wärmste“, 1928 „aufs wärmste und dringlichste“ und 1929 „mit der Bitte [...] sich wieder an der Finanzierung [...] zu beteiligen“ empfohlen wurden. 1927, aber auch 1928, waren die Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft (Sitzungen am 14.6.1927, 23.4.1928) noch „der Auffassung, dass man sich der Leistung von Beiträgen an das Institut für Konjunkturforschung in Berlin nicht wird entziehen können“ (1927) [...] und „dass man vorläufig wohl kaum umhin käme, die Beiträge weiter zu leisten“ (1928). Die IHK Münster hatte von Anfang an die Umlage verweigert (Geschäftsführerbesprechung 11.11.1927). Im Rundbrief des DIHT an die IHK Bochum von 1929 steht neben der Bitte mit dickem Bleistift „Nein“. Stattdessen schrieb die IHK Bochum am 10.9.1929 an den DIHT: „Wir haben dem Institut für Konjunkturforschung, Abteilung Westen in Essen, mitgeteilt, dass wir ihm für das laufende Jahr den Betrag von RM 800,– als Beitrag überweisen werden.“ Selbst noch 1932 versuchte der DIHT seinen Beitrag auf die Mitgliedskammern umzulegen. Am 8.8.1932 antwortete die IHK Bochum: „Wir haben den Beitrag für 1932 bereits an das Institut für Konjunkturforschung, Abteilung Westen in Essen, gezahlt.“ Siehe die Rundbriefe und die Protokollauszüge der Sitzungen in WWA K2 Nr. 259, K1 Nr. 571.

10 Brief des Zweckverbands an den Deutschen Industrie- und Handelstag vom 8.5.1931, WWA K2 Nr. 259.

11 Brief der Reichswirtschaftskammer an das IfK vom 12.10.1938; Rundbrief der Reichswirtschaftskammer an die Wirtschaftskammern vom 27.10.1938; siehe in der Akte auch die weitere Korrespondenz, in der klargestellt wurde, dass es nur um die Befreiung von der Umlage gehe. Die Vereinbarung betraf also nicht die Beiträge, die einzelne Kammern direkt nach Essen überwiesen. WWA K1 Nr. 2079.

12 Siehe die gleichlautenden Briefe von Däbritz an die Industrie- und Handelskammern Dortmund und Bochum vom 26.3.1927, WWA K1 Nr. 571 u. K2 Nr. 259.

13 Nach der Quellenlage sind die Kuratoriumsmitgliedschaften für das Ruhrgebiet nicht eindeutig zu identifizieren: Dem Jahresbericht des IfK für das Geschäftsjahr 1926/27 zufolge wurden auf der Kuratoriumssitzung am 15.6.1926 bereits die Stadt Essen, die IHK Essen und der Verein für die bergbaulichen Interessen ins Kuratorium gewählt (BayHStA MHIG/1074). Dagegen wurden auf der Kuratori-

Bei der Gründung der Essener Abteilung im März 1926 hatte Rechlin von der IHK Essen noch erklärt, dass „eine finanzielle Belastung der anderen Kammern [...] nicht geplant“ sei.¹⁴ So war es nicht erstaunlich, dass auf mehreren Sitzungen der betroffenen Kammern 1927 keine endgültige Einigung erzielt werden konnte: Krefeld lehnte einen Beitrag ab, Münster hatte sich noch nicht entschieden.¹⁵ Bochum, Dortmund und Duisburg waren jedoch schließlich bereit, jeweils 1.000 RM zu zahlen und sagten dies schon für 1927 zu.¹⁶ Um die Haltung der Kammern grundsätzlich zu klären, wurde auf der Dezembersitzung 1927 beschlossen, Däbritz zu bitten, „über die Einrichtung und Finanzierung des Instituts auf der nächsten Vereinigungssitzung zu berichten.“¹⁷ Vor diesem Gremium wünschte Däbritz dann am 22. Februar 1928 „dringend [...], dass die Kammern das Konjunktur-Institut „West“ nicht nur moralisch und intellektuell, sondern auch finanziell unterstützten.“¹⁸ Über den Beitrag der Gründungsmitglieder hinaus seien „weitere Mittel erforderlich.“ Protokolliert wurde eine recht kontroverse Diskussion, in der auch grundsätzliche Fragen über die Existenzberechtigung und Neutralität des Essener Instituts erörtert wurden:

umssitzung des IfK am 18.7.1928 „Landeshauptmann Dr. Horion (Rheinischer Provinzialverband) und als dessen Stellvertreter Herr Oberbürgermeister Dr. Bracht, Essen“ in dieses Gremium kooptiert (GStA PK I. HA Rep 120 C VIII 2a Nr. 33, Bd. 1, F. 193). In der Beilage zur Kuratoriumssitzung am 27.2.1931 wurden zwei Vertreter für das „Ruhrgebiet“, „Dr. Schlenker, Erster Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen, Düsseldorf“ (Langnamverein) und „Generaldirektor Dr. Krawehl, Rheinische Stahlwerke, [...] Essen“ aufgeführt. Als Stellvertreter fungierte „Generaldirektor Dr. Springorum, Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Dortmund“ und „Dr. ing. e.h. von und zu Loewenstein, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins für die bergbaulichen Interessen, Essen“. BA R2501/6834, F. 158.

14 Siehe die „Niederschrift über die Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes“, 29.3.1926, WWA K2 Nr. 259 u. K1 Nr. 970.

15 Siehe den Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaftskammern vom 9.5.1927. Für die Ablehnung bzw. Zurückhaltung wurde u. a. angeführt, dass man bereits die bestehende „gemeinsame statistische Stelle“ in Duisburg finanziere (WWA K1 Nr. 571). Als aber 1931 über die Neufestsetzung der Beiträge für das Rechnungsjahr 1932/33 diskutiert wurde, wollte die IHK Essen für das Essener Institut 500 RM und für die „Statistische Stelle in Duisburg-Ruhrort“ sogar 1.200 RM bereitstellen. Siehe die Niederschrift der Geschäftsführerbesprechung des Zweckverbandes vom 2.4.1931, WWA K2 Nr. 259.

16 Siehe den Dankesbrief von Däbritz an die IHK Bochum über den „überwiesenen Beitrag“ von RM 1000 vom 11.6.1927, WWA K2 Nr. 259. Die IHK weigerte sich daher auch, die Umlage an den DIHT zu zahlen, Brief vom 21.6.1927, WWA K1 Nr. 571. Most, IHK Duisburg, erklärte auf der Sitzung am 22.2.1928, „dass seine Kammer [...] den vorgesehenen Beitrag für das Konjunktur-Institut „West“ eingesetzt habe.“ Siehe Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern [...] vom 22.2.1928, WWA K1 Nr. 571.

17 Siehe die Niederschrift über die Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern [...] vom 21.12.1927, WWA K1 Nr. 571 u. 970.

18 Siehe den Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern [...] vom 22.2.1928, WWA K1 Nr. 571 oder K2 Nr. 259.

So bezweifelte Lohmann (Kammer Barmen-Elberfeld) nicht nur die Unverzichtbarkeit der „besondere[n] Abteilung West des Berliner Instituts“, sondern grundsätzlich die Objektivität der Institute: Dem Berliner Institut sei nachgesagt worden, es „könne wegen des gewerkschaftlichen Einflusses nicht als objektiv angesehen werden; beim Konjunktur-Institut „West“ liege die Gefahr vor, [...] der Unternehmerstandpunkt sei bei diesem Institut ausschlaggebend.“ Römer (Kammer Neuss) begründete die Ablehnung einer Finanzierung damit, dass die Konjunkturbeobachtung „nicht regional sein“ dürfe und dass das Institut „der weiterverarbeitenden Industrie [...] bisher keinerlei Dienste geleistet“ habe.

Däbritz wiederholte in seiner eher dünnen Entgegnung nur Bekanntes: So wies er auf die Arbeitsteilung mit dem Berliner Institut hin und strich für Essen die „beste[n] Beobachtungsmöglichkeiten“ im „industriellen Westen mit seiner weitgreifenden homogenen Struktur“ heraus. Im Übrigen referierte er lediglich über die Finanzierung und die Mitglieder der Berliner Einrichtung, die „von vornherein das Vertrauen aller Kreise für dieses Institut sicher“ stellten, „weshalb man auch die Gewerkschaften einbezogen“ hätte. „Das Preussische Statistische Amt nehme auf die regionalen Belange wenig Rücksicht.“ Im Institut West sei dagegen geplant, mehr zu veröffentlichen, nicht nur über die Schwerindustrie. Die „verarbeitende Industrie, der Gross- und Einzelhandel“ müsse mit erfasst werden.

Zwischen den Kammern schälten sich klare Frontlinien heraus: Die Kammern des engeren Ruhrgebietes (Essen, Duisburg, Bochum und Dortmund) befürworteten eine höhere, strukturelle Finanzierung des Essener Instituts, was die restlichen Kammern des niederrheinisch-westfälischen Raumes überwiegend ablehnten. Trotz der Meinungsverschiedenheiten war der Niederschrift der Geschäftsführerbesprechung ein Verteilungsschlüssel über den avisierten Gesamtbeitrag von 15.000 RM beigelegt, der sich nach dem Schlüssel für den DIHT-Beitrag richtete. Diese von Rechlin (IHK Essen) vorgeschlagene Einbindung der peripheren Kammern stellte sich jedoch bald als reines Wunschdenken heraus.

Dortmund sagte die nach dem Verteilungsschlüssel geforderten 1.200 RM zu, „falls sich auch die übrigen Kammern der Vereinigung zu Uebnahme des auf sie entfallenden Anteils entschließen.“¹⁹ Im Mahnbrief an die „Kammern der Vereinigung“ waren Essen mit 3.000 RM, Dortmund (unter Vorbehalt) mit 1.200 RM, Bochum mit 1.000 RM, Duisburg²⁰ „noch unbestimmt“ aufgelistet, während Krefeld, Münster und Altena abgelehnt hatten.²¹ Die Beiträge wurden schon ein Jahr später reduziert. Die im Juni 1929 tagende „Beitragskommission der Arbeitsgemeinschaft der Ruhrkammern“ empfahl: „Die Kammern werden gebeten, die Beiträge, die sie nach Berlin

¹⁹ Brief vom 21. 3. 1928 an die Vereinigung [...] in Essen, WWA K1 Nr. 571.

²⁰ Nach der „Arbeitsgemeinschaftssitzung“ vom 18. 3. 1929 hatte Duisburg bereits 1928 1.000 RM gezahlt, WWA K2 Nr. 259.

²¹ Brief IHK Essen an die Industrie- und Handelskammern der Vereinigung vom 3. 5. 1928, WWA K2 Nr. 259 u. K1 Nr. 577. Dankschreiben für die 1.000 RM von Däbritz an Hugo (IHK Bochum) vom 4. 7. 1928, WWA K2 Nr. 259.

zahlen, nach Möglichkeit zu streichen und für die Abteilung Westen des Instituts den Beitrag einheitlich auf RM 800,- jährlich festzusetzen. Dies trifft auf die Kammern Krefeld und Münster nicht zu. Diese Kammern werden vielmehr gebeten, an das Institut Westen je RM 250,- jährlich zu zahlen.“²² Im Jahr 1929 überwies z.B. Bochum nur noch 800 RM nach Essen.²³ Wieder ein Jahr später, im Juli 1930, schlug die Beitragskommission, jetzt des „Zweckverbands der Industrie- u. Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen u. Münster“, einen Gesamtbeitrag von 2.600 RM für das Essener Institut vor. Bis auf Münster (200 RM) sollten die anderen drei jeweils 800 RM überweisen.²⁴ Für das Geschäftsjahr 1931/32 stellte der Zweckverband sogar 3.000 RM bereit. Danach müsste Münster seinen Beitrag auf 600 RM erhöht haben, denn nach den fragmentarischen Quellen dürften die IHK Bochum, Essen, Dortmund jeweils 800 RM überwiesen haben.²⁵

Während der Weltwirtschaftskrise stand die weitere Finanzierung der Essener Abteilung allerdings auf der Kippe, weil die Geldgeber nicht mehr bereit waren, das Institut im bisherigen Umfang zu fördern. Der Zweckverband der „Industrie- u. Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen u. Münster“ ging sogar so weit, für das Haushaltsjahr 1932/33 gar keine Mittel mehr zur Verfügung stellen zu wollen.²⁶ In der prekären Situation versuchte Däbritz, die Förderer mit eigenen Etatkürzungen günstig zu stimmen: In dem Bettelbrief an Hugo,²⁷ den Ersten Syndikus der IHK Bochum, äußerte Däbritz „vollstes Verständnis [...] für die katastrophale Situation der Wirtschaft und der Kammern, die diesen Beschluß hervorgerufen“ habe. Die Zukunft des Essener Instituts habe er auch „bei den anderen bisher geldgebenden Stellen zur Sprache gebracht.“ Es sei „selbstverständlich, dass auch wir eine starke Einschränkung unseres Betriebes vornehmen müssen, [...] dass gerade eben noch die Konjunkturberichte der Abteilung „Westen“ in einer ebenfalls eingeschränkten Form be-

22 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Beitragskommission der Arbeitsgemeinschaft der Ruhrkammern in Essen, 22.6.1929, WWA K2 Nr. 259.

23 Brief der IHK Bochum vom 10.9.1929 an den DIHT. Däbritz war noch von 1.000 RM ausgegangen, siehe seinen Brief vom 19.7.1929 an Hugo (IHK Bochum), auf dem handschriftlich 800,- vermerkt waren. WWA K2 Nr. 259.

24 Ausschnitt aus der Niederschrift über die Besprechung der Beitragskommission des Zweckverbandes der Handelskammern am 11.4.1930. Im Schreiben der IHK Bochum an Däbritz vom 5.7.1930 wurde die Überweisung von 800 RM für das Geschäftsjahr 1930/31 bestätigt. WWA K2 Nr. 259.

25 Siehe den Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung des Zweckverbandes vom 2.4.1931, die Briefe des Zweckverbandes an die IHK Bochum im Juli 1931, der IHK Essen an die IHK Bochum vom 10.9.1931 und vom 21.10.1931, WWA K2 Nr. 259.

26 Für das laufende Geschäftsjahr 1931/32 könne der Beitrag noch in der bisherigen Höhe geleistet werden. Im nächsten Etatjahr dürfte der Zweckverband jedoch „hierzu wohl keineswegs in der Lage sein“. Siehe den Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung des Zweckverbandes vom 2.4.1931 und den Brief an das IFK Abt. Essen vom 1.5.1931, WWA K2 Nr. 259 oder K1 Nr. 2079. In der Gegenüberlieferung findet sich die Korrespondenz zwischen den Industrie- und Handelskammern auch, zum Teil mit zusätzlich überlieferten Briefen, im WWA-Bestand K1, d. h. der IHK Dortmund Nr. 2079.

27 Brief von Däbritz an Hugo (IHK Bochum) vom 28.10.1931, WWA K2 Nr. 259. Denselben Brief schrieb Däbritz an Martin (IHK Dortmund) vom 28.10.1931, WWA K1 Nr. 2079.

arbeitet und veröffentlicht werden können.“ Bisher betrage „der Etat der Abteilung „Westen“ rund RM 52 000.–.“ Es sei „vorgesehen, ihn auf mehr als die Hälfte zu reduzieren, womit zugleich eine entsprechende Einschränkung des Personals verbunden“ sei. Das Fortbestehen der Abteilung „Westen“ könne als gesichert angesehen werden, wenn es gelänge, „rund RM 21 000.– an Zuschüssen aufzubringen.“ Die Stadt Essen sowie die Rheinprovinz und die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Düsseldorf, hätten sich bereit erklärt, „die Abteilung „Westen“ mit um mehr als die Hälfte verkürzten Zuschüssen zu unterstützen.“ Weitere Geldgeber, mit denen teilweise noch verhandelt werde, seien der Bergbauliche Verein in Essen, der Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohleindustrie und die Vereinigung von Banken und Bankiers in Rheinland und Westfalen, Köln. Die IHK Bochum war nach Däbritz doch wenigstens bereit, „statt des bisher gezahlten Betrages von RM 800.– im neuen Jahr einen Zuschuss von RM 175.– zu bewilligen.“ Ursprünglich hatte sie zwar gar nichts mehr überweisen wollen, aber als „Gegenleistung“ sollte sie „wie bisher die vereinbarte Anzahl Konjunkturberichte der Abteilung „Westen“ für eine Reihe Ihrer Kammer angehörender Herren“ erhalten. Der Brief beschwört den drohenden Untergang des Instituts. „Das Institut ganz aufzugeben, wäre ein so einschneidender Schritt, dass ich ihn nicht glaube verantworten zu können.“ In langjähriger Arbeit habe die Abteilung Westen „so vielfältiges neues Material erschlossen, dass seine Preisgabe doch wohl nicht im Interesse der Wirtschaft liegen“ könne. „Würden wir das Institut heute eingehen lassen, so wäre es damit für absehbare Zeit zerschlagen.“ Wie für das Rechnungsjahr 1932/33 beschloss der Zweckverband, zusammen doch wenigstens die erbetenen 700 RM, also von jeder Kammer 175 RM, bereitzustellen.²⁸ Im Jahr darauf weigerte sich Dortmund, für den Haushalt 1933/34 überhaupt einen Beitrag zu zahlen,²⁹ Münster überwies nur noch 100 RM, während Essen und Bochum an 175 RM festhielten.³⁰

28 Antwort der IHK Bochum an Däbritz vom 5.2.1932; Brief von Däbritz vom 23.5.1933 an die IHK Münster; Brief der IHK Bochum vom 8.8.1933 an die anderen Industrie- und Handelskammern des Zweckverbandes, WWA K1 Nr. 2079.

29 Dortmund blieb bei der Ablehnung, obwohl Däbritz im Brief an die IHK Dortmund die existentielle Bedrohung des Essener Instituts beschwor: „Die Abteilung „Westen“ würde durch einen solchen Schritt sehr betroffen, zumal unser Etat auf der Grundlage des Existenzminimums ausbalanciert ist und durch das Ausbleiben eines der gegenüber früher erheblich herabgesetzten Beiträge empfindlich berührt würde. Wir müssen es bedauern, wenn unsere der Allgemeinheit dienende Arbeit in einem Augenblick Störungen erlitte, wo jeder an seinem Platz zu der Gesundung der deutschen Wirtschaft beizutragen berufen ist.“ Däbritz an die IHK Dortmund vom 27.9.1933; ablehnende Antwort vom 30.9.1933; Brief der IHK Dortmund an die IHK Bochum über die Weigerung vom 25.10.1933. WWA K1 Nr. 2079.

30 Siehe die dazugehörige Korrespondenz: Bettelbrief von Däbritz an die federführende Kammer Münster (Jacobshagen) vom 23.5.1933; IHK Bochum an die IHK Dortmund, Essen und Münster vom 29.5.1933 u. 8.8.1933; Däbritz an die IHK Bochum vom 31.7.1933; IHK Münster an den Zweckverband der Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen und Münster vom 10.8.1933; IHK Essen an den Zweckverband der IHK Bochum, Dortmund, Essen und Münster vom 14.8.1933; IHK Bochum an die IHK Essen u. Münster vom 23.8.1933; Däbritz an die IHK Bochum vom 31.8.1933; IHK Bochum an das IfK/Essen vom 4.9.1933; IHK Münster an die IHK Bochum vom 9.9.1933; IHK Bochum an

Die existenzbedrohende Einnahmeminderung lag keineswegs nur an den Ruhrgebietskammern, was hier detailliert belegt werden kann. In der Tat musste das Essener Institut seinen Haushalt so drastisch kürzen, wie Däbritz es in seinen gleichlautenden Bettelbriefen Ende Oktober 1931 an die Kammern angekündigt hatte. Denn offensichtlich fuhren auch die anderen Geldgeber ihre Beiträge drastisch zurück. Belief sich 1931/32 der Etat noch auf rund 52.000 RM, so waren 1932/33 die veranschlagten Einnahmen auf 26.100 RM („Isteinnahme“ 26.806,39 RM) gesunken, und im Haushaltsjahr 1933/34 waren nur noch 20.000 RM vorgesehen.³¹ Auch für das folgende Jahr schien sich die finanzielle Ausstattung des Essener Instituts nicht grundlegend zu bessern, hatte doch die IHK Münster noch im September 1933 den anderen drei Kammern des Zweckverbandes mitgeteilt, „dass wir für 1934 eine weitere finanzielle Beteiligung am Institut für Konjunkturforschung ablehnen.“³² Im April 1934 bat Däbritz die Kammern, doch wenigstens am Vorjahresbeitrag festzuhalten, wozu Essen und Bochum, mit je 175 RM, bereit waren.³³ Däbritz, der seit 1934 übrigens alle Briefe mit der Grußformel „Heil Hitler“ abschloss, bettelte vergebens bei der IHK Dortmund um diesen Beitrag.³⁴

Wir brauchen wohl nicht besonders hervorzuheben, welche besonderen Aufgaben unserem Institut in dem neuen Staat und unter veränderten Zeitverhältnissen gestellt sind. Es dürfte Sie interessieren, dass eine Zusammenarbeit zwischen der Abteilung ‚Westen‘ und dem Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen eingeleitet und eine Einbeziehung des gesamten Wirtschaftsraumes Westfalen in unsere Arbeit vorgesehen ist, womit wir schon früher von massgebenden westfälischen Stellen geäußerten Wünschen entsprechen. Daraus erwachsen uns neue Arbeiten, die wir nur leisten können, wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Die zurückliegende Wirtschaftskrise hat unsere Zweigstelle in besonders starkem Masse getroffen. Wir geben uns der Hoffnung hin, dass mit einer weiteren Besserung der Wirtschaftslage unsere Geldgeber wieder zu vermehrten Geldleistungen in der Lage sind und der im Zuge befindliche Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft an der Abteilung ‚Westen‘ des Instituts für Konjunkturforschung nicht vorübergeht.

die IHK Münster vom 11.9.1933; IHK Bochum an die IHK Dortmund vom 30.10.1933, dort sind die Beiträge der drei Kammern für 1933 aufgelistet. WWA K2 Nr. 259.

31 Diese Beträge sind im Haushaltsplan des Berliner Mutterinstituts für das Geschäftsjahr 1933/34 ausgewiesen (Tabelle 1.4–1). Bis auf die Beiträge der Rheinprovinz von jeweils 5.000 RM war der Einnahmeposten nicht nach Geldgebern untergliedert. BA R41/798 F. 227.

32 Brief vom 26.9.1933; die IHK Bochum gab diese Nachricht am 28.9.1933 an das IfK/Abt. Essen weiter. WWA K2 Nr. 259.

33 Der gefundene Briefwechsel dazu ist nicht schlüssig: IHK Dortmund an die IHK Bochum vom 25.10.1933; IHK Bochum an die IHK Dortmund vom 30.10.1933; Däbritz an die IHK Bochum vom 24.4.1934, Brief ist mit „Heil Hitler“ unterzeichnet, in den Briefen von Däbritz an die Kammern von 1933 taucht diese Grußformel noch nicht auf; IHK Bochum an die Industrie- und Handelskammern Dortmund, Essen und Münster vom 2.5. u. 16.5.1934; IHK Dortmund an die IHK Bochum vom 17.5.1934 (Weigerung zu zahlen); IHK Münster an die IHK Bochum vom 18.5.1934 („wir wollen die weitere Entwicklung abwarten“). WWA K2 Nr. 259.

34 Brief von Däbritz an die IHK Dortmund vom 26.4.1934; Antwort mit der Weigerung vom 4.5.1934; Brief der IHK Dortmund an die IHK Bochum vom 17.5.1934, hier kündigt Dortmund an, auch für 1934/35 keinen Beitrag leisten zu wollen. WWA K1 Nr. 2079.

Trotz der Weigerung Dortmunds erlebte auch das Essener Institut einen gewissen „Wiederaufbau“ und konnte für das Geschäftsjahr 1934/35 seinen Haushalt wieder hochfahren. In diesem Jahr, als der Etat der Zweigstelle zum letzten Mal als Teil des IfK-Haushalts ausgewiesen wurde, entfielen auf Essen veranschlagte 33.350 RM (Tabelle 1.4–1 „Isteinnahmen“ von 32.825 RM).³⁵

Aber etliche „bisherige Geldgeber“ und Kammern ließen sich nach wie vor nicht erweichen.³⁶ Im Haushaltsjahr 1936/37 verfügte das Essener Institut „über einen Etat von knapp RM 30 000. Zur besseren Ausnutzung ihres Materials und zur vollen Erfüllung ihrer Aufgaben würde sie erst dann gelangen, wenn sich eine erhebliche Erhöhung ihrer Mittel auf rund RM 50 000 durchführen liesse.“ Däbritz wollte neben den bisherigen Geldgebern aus der Wirtschaft, also „Kohle (Bergbauverein und Kohlensyndikat) und Eisen (Bezirksgruppe Nordwest)“, [...] „an eine Reihe anderer Wirtschaftsgruppen des Bezirks“ herantreten.³⁷ In diesem Brief an die Wirtschaftskammer³⁸ Westfalen-Lippe ging es ihm primär um eine Wiedereinbindung der Ruhrgebietskammern zur Finanzierung seines Instituts, wenn auch auf bescheidenem Niveau. Von den westfälischen Industrie- und Handelskammern erwartete er 2.000 RM jährlich und verwies auf die Wirtschaftskammer Düsseldorf, die bereit sei, denselben Betrag aufzubringen.

Inhaltlich versuchte Däbritz schon seit 1937 nicht mehr auf eine regionale Konjunkturforschung abzustellen. Stattdessen verwies er auf die „regionale Wirtschaftsbeobachtung“, die „in Anbetracht der neuen Bestrebungen zur Raumforschung und Landesplanung in verstärktem Masse“ zukunftssträftig sei. Hier deutete sich also für das Forschungsprogramm des Essener Instituts der Paradigmenwechsel von der Konjunktur- zur Raumforschung an.

Die Wirtschaftskammer für Westfalen und Lippe erfüllte den Wunsch, „mit Wirkung vom 1. April 1937 ab einen jährlichen Zuschuss von RM 2000.– zum Institut zu leisten.“³⁹ Im März 1938 erbat Däbritz denselben Zuschuss für das Etatjahr 1938/39 mit dem Hinweis, dass Düsseldorf ebenso wie Dortmund im Jahr zuvor 2.000 RM über-

³⁵ Tabelle 1.4–1, Haushaltsplan des IfK 1935/36, siehe BA R2501/6835 F. 413–414. Der Rechnungshof hatte moniert, dass dieser durchlaufende Posten im IfK-Haushalt ausgewiesen wurde. Ebd., F. 419.

³⁶ Brief von Däbritz an Dr. Hugo (Wirtschaftskammer für Westfalen und Lippe, Dortmund) vom 9.1.1937, WWA K1 Nr. 2079. Siehe dort auch die folgenden Zitate und Paraphrasierungen.

³⁷ Die Wirtschaftsgruppen waren Untergliederungen der Reichsgruppe Industrie. Mit diesen Zwangszusammenschlüssen wurde die NS-Wirtschaft gelenkt. Im Grunde stützten sich diese Organe auf die längst erprobten Kartelle, wie das Kohlensyndikat und den Stahlwerksverband. Zur NS-Lenkungswirtschaft siehe Fremdling 2016a, S. 271 ff.

³⁸ Die im NS-Lenkungssystem neu geschaffenen Wirtschaftskammern waren eine Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern, wobei eine IHK (für Westfalen die IHK Dortmund) die Federführung besaß.

³⁹ Nach der Niederschrift über die Sitzung des engeren Beirats der Wirtschaftskammer am 22.2.1937 in der IHK Dortmund sollte ein Zuschuss von jährlich RM 2000.– geleistet werden. Siehe die Bestätigung im Schreiben vom 9.3.1937 der Wirtschaftskammer für Westfalen und Lippe an das IfK Abt. Westen und das Dankeschreiben von Däbritz vom 11.3.1937, WWA K1 Nr. 2079.

wiesen hatte. Die Zusage aus Dortmund kam postwendend.⁴⁰ Für das Rechnungsjahr 1939/40 sind dieselben Beiträge beider Wirtschaftskammern ebenfalls belegt,⁴¹ während 1940 für den Etat 1940/41 lediglich 1.700 RM von Dortmund nach Essen überwiesen wurden.⁴² Dabei blieb es auch noch für 1941/42, obwohl Däbritz darauf verwies, dass die anderen Geldgeber „von einer derartigen Kürzung Abstand genommen“ hätten. Zur Begründung bezog sich die Kammer in Dortmund „auf den immer noch gültigen Sparerlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers“ und stellte wieder nur 1.700 RM zur Verfügung.⁴³

Nach dem Entwurf vom Januar 1941, in dem Däbritz die Verselbständigung der Essener Abteilung konzipierte, verfügte das Institut über einen Haushalt von „rd. 40 000 RM“.⁴⁴ Danach, vor allem seit der Gründung des RWI im Jahr 1943, steigerten sich die Haushaltsmittel enorm. Für 1943/44 konnte der Jahresabschluss und für 1944/45 der Haushaltsplan im westfälischen Wirtschaftsarchiv gefunden werden.⁴⁵ Die Daten sind in den Tabellen 1.4–2a und 2b zusammengestellt. Selbst der Saldo von 61.522 RM aus dem Haushaltsjahr 1943/44 lag über dem für das Jahr zuvor von Däbritz genannten Volumen. Zur Finanzierung des RWI während der beiden letzten Kriegsjahre steuerte die „öffentliche Hand“ 50.000 RM und die „Wirtschaft“ sogar 100.000 RM bei. Vier Kammern, jetzt „Gauwirtschaftskammern“ genannt, brachten insgesamt 50.000 RM auf. Die rheinische Provinzialverwaltung in Düsseldorf zahlte 15.000 RM, aber die westfälische in Münster entrichtete keine Beiträge an das RWI.

2.2 Die Verselbständigung als RWI⁴⁶

Mit einem vertraulich gehaltenen Konzept vom 11. Januar 1941 bereitete Däbritz die Verselbständigung der Essener Abteilung als RWI vor.⁴⁷ Er verwies darauf, dass mit der Gründung weiterer Außenstellen des IfK das Essener Institut seine Alleinstellung

40 Brief von Däbritz an Hugo (Wirtschaftskammer Westfalen-Lippe) vom 10.3.1938; Brief von Dortmund an das IfK Abt. Westen vom 19.3.1938; überwiesen wurde der Betrag erst im Oktober nach einer Mahnung von Däbritz, siehe Brief von Däbritz an die Wirtschaftskammer Westfalen-Lippe vom 11.10.1938 mit der handschriftlichen Randbemerkung, WWA K1 Nr. 2079.

41 Siehe die Briefe der Wirtschaftskammer Westfalen-Lippe an die Reichswirtschaftskammer vom 4.5.1939 sowie an das IfK/Abt. Westen vom 6.5.1939; von Däbritz an die Wirtschaftskammer in Dortmund vom 4.5. u. 11.5.1939, WWA K1 Nr. 2080.

42 Brief von Däbritz an die Wirtschaftskammer in Dortmund vom 11.5.1940, WWA K1 Nr. 2080.

43 Siehe den Brief von Däbritz an Gauamtsleiter Bornemann (Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftskammer für Westfalen und Lippe) vom 7.6.1941, seinen Antwortbrief vom selben Tag und die jeweiligen Bestätigungsbriefe vom 19.9. u. 27.9.1941, WWA K1 Nr. 2080.

44 Siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Institut für Konjunkturforschung Essen, 11.1.1941.

45 WWA K1 Nr. 2080.

46 RWI-Archiv, Akte Chronik: Briefwechsel und Dokumente zur Verselbständigung der „Essener Abteilung“ des DIW als RWI 1941/43.

47 Siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Institut für Konjunkturforschung Essen, 11.1.1941.

Tabelle 1.4 – 2a: Jahresabschluss 1943/44 und Haushaltsplan 1944/45 des RWI

<u>A. Einnahmen 1943/44</u>						
I.	Saldo aus 1942/43				RM	61.522,38
<u>II. Beiträge seitens der öffentlichen Hand</u>						
	Stadt Essen			RM	25.000	
	Rhein. Provinzialverwaltung, Düsseldorf			RM	15.000	
	Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen			RM	10.000	50.000,00
<u>III. Beiträge seitens der Wirtschaft</u>						
	Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen			RM	25.000	
	Rheinisch-Westfälische Eisenindustrie, Düsseldorf			RM	25.000	
	Gauwirtschaftskammern Düsseldorf, Essen, Westfalen-Süd, Westfalen-Nord je RM 12500			RM	50.000	100.000,00
IV.	Verschiedene Einnahmen aus Veröffentlichungen, Sonderzuwendungen, Zinsgutschriften usw.			RM		2.563,48
				RM		214.085,86
<u>A. Einnahmen 1944/45</u>						
I.	Saldo aus 1943/44					61.900
<u>II. Beiträge seitens der öffentlichen Hand</u>						
	Stadt Essen			RM	25.000	
	Rhein. Provinzialverwaltung, Düsseldorf			RM	15.000	
	Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen			RM	10.000	50.000
<u>III. Beiträge seitens der Wirtschaft</u>						
	Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen			RM	25.000	
	Rheinisch-Westfälische Eisenindustrie, Düsseldorf			RM	25.000	
	Gauwirtschaftskammern Düsseldorf, Essen, Westfalen-Süd, Westfalen-Nord je RM 12500			RM	50.000	100.000
IV.	Verschiedene Einnahmen aus Veröffentlichungen, Sonderzuwendungen, Zinsgutschriften usw.					13.000
				RM		224.900

Quelle: Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1943/44 und Arbeitsplan für das Geschäftsjahr 1944/45, WWA K1 Nr. 2080

Tabelle 1.4 – 2b: Jahresabschluss 1943/44 und Haushaltsplan 1944/45 des RWI

<u>B. Ausgaben 1943/44</u>			
I.	<u>Personalkosten</u>		
	Gehälter und Honorare	RM	70.651,91
II.	<u>Sachkosten</u>		
	Reisekosten	RM	2.595,30
	Bücher, Zeitschriften	RM	966,83
	Post- und Telefongebühren	RM	1.489,85
	Bürobedarf	RM	3.515,37
	Miete, Büroeinrichtung	RM	4.696,10
	Verschiedene Ausgaben	RM	3.271,10
	Reservefonds	RM	60.000,00
	Dispositionsfonds Präsident	RM	6.000,00
	<u>Saldo 1944</u>	RM	60.899,40
		RM	214.085,86
<u>B. Ausgaben 1944/45</u>			
I.	<u>Personalkosten</u>		
	Gehälter und Honorare	RM	105.000
	Soziale Lasten	RM	3.000
II.	<u>Sachkosten</u>		
	Reisekosten	RM	4.500
	Bücher, Zeitschriften	RM	2.500
	Post- und Telefongebühren	RM	2.500
	Miete, Büroeinrichtung	RM	10.000
	Dispositionsfonds Berlin	RM	8.000
	Verschiedene Ausgaben	RM	13.000
III.	<u>Feste Anlage</u>		
	in Wertpapieren	RM	40.000
	<u>Saldo 1945</u>	RM	36.400
		RM	224.900

Quelle: Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1943/44 und Arbeitsplan für das Geschäftsjahr 1944/45, WWA K1 Nr. 2080

verloren habe. Zudem sei es 1926 lediglich „als eine von der Berliner Zentrale abhängige Zweigstelle konstruiert worden“, während die Neugründungen des IfK andernorts in der Regel als selbständige Institute verfasst seien. Einhergehend mit der räumlichen Ausdehnung des deutschen Herrschaftsgebietes webte Wagemann „auf Wunsch der zuständigen Reichsbehörden“⁴⁸ an einem Netz von Außenstellen des IfK/DIW. Er band lokale Initiativen ein: Regional und lokal verankerte staatliche und semistaatliche Stellen, Zweckverbände von Gebietskörperschaften, Selbstverwal-

⁴⁸ So Däbritz rückblickend 1941, RWI-Archiv Akte Chronik: Professor Dr. Däbritz, Essen, „Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 12, 13.1. 1944.

tungsorgane der Wirtschaft und nicht zuletzt mit dem Gründungsort verbundene Unternehmen waren bereit, die neuen Institute großzügig zu finanzieren und in Organen der meist als eingetragene Vereine verfassten Institute mitzuwirken. Wagemann sicherte seinen Einfluss, mit einem beachtlichen Zusatzeinkommen honoriert,⁴⁹ jeweils als Alleinvorstand und Präsident auch aller Tochterinstitute ab. Die laufenden Geschäfte überließ er den lokal installierten Geschäftsführern.⁵⁰ Die neuen Institute wurden im vergrößerten Reichsgebiet (Breslau, München,⁵¹ Braunschweig, Danzig, Kattowitz, Halle, Magdeburg, Hamburg und Reichenberg) und selbst in den besetzten Ländern (Paris, Prag, Amsterdam) errichtet. Mit der „Angliederung der Ostmark“ kam 1938 in Wien das 1927 nach dem Modell des Berliner IfK gegründete Österreichische Institut für Konjunkturforschung (umbenannt in Wiener Institut für Wirtschaftsforschung) hinzu.⁵²

In der Denkschrift zu den „Aufgaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ von November 1944⁵³ wurden den regional verankerten Tochterinstituten organisatorisch „ähnliche Aufgaben“ wie der „Mittelstufe der Reichsverwaltung“ zugeordnet. Sie hätten „dabei dem Zentralinstitut bei der Bearbeitung regionaler Wirtschaftsfragen und zentraler Sonderprobleme (Kohle, Eisen, Südosteuropa, Handel usw.) wertvolle Hilfe geleistet.“ Allerdings hatte Wagemann noch im Monat zuvor, im Oktober 1944, die Aufgabenerfüllung einiger Zweigstellen durchaus unterschiedlich beurteilt:⁵⁴ „In Westdeutschland nehme das Essener Institut eine besondere Stellung ein. Es habe sich eine Art Monopol für seinen Bezirk erobert.“ Das Wiener

49 Im Haushaltsentwurf für das künftige RWI vom 15.10.1940 waren im Etat 120.000 RM Ausgaben vorgesehen, „nach Weisung Berlins“ sollen 30.000 RM „abgezweigt werden“. Vom Essener Etat von 90.000 RM waren 54.000 RM an Personalkosten veranschlagt, davon 5.000 RM für den „Leiter (nebenamtlich)“ und 9.000 für den „wissenschaftlichen Leiter“. Vermutlich waren die 5.000 für Wagemann gedacht. Ein erfahrener wissenschaftlicher Referent erhielt nach dem Entwurf 6.500 RM, eine „männliche Bürokräft“ 3.000 RM Jahreseinkommen (siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Gesichtspunkte für den Ausbau des Konjunkturinstituts Essen, 15.10.1940). Der Jahresabschluss des RWI-Etats für 1943/44 wies an Gehältern und Honoraren 70.652 RM und einen „Dispositionsfonds Präsident“ von 6.000 RM aus, im Haushaltsplan 1944/45 waren für beide Positionen 105.000 RM und 8.000 RM („Dispositionsfonds Berlin“) veranschlagt. RWI Tätigkeitsbericht 1943/44, Arbeitsplan 1944/45, WWA K1 Nr. 2080.

50 Siehe beispielhaft die Satzung des RWI („§ 6 Der Präsident“) und die Rolle von Däbritz als Geschäftsführer. RWI-Archiv Akte Chronik: Satzung des RWI, 6.1.1943.

51 Es wurde gegen den hartnäckigen Widerstand des Bayerischen Statistischen Landesamtes gegründet (Satzung vom 1.12.1940, Eintragung ins Vereinsregister am 4.2.1941). Siehe die Briefwechsel, Dokumente und Notizen von 1937–1941 in der Akte BayHStA MHIG 1074. Vermutlich war die Münchner Zweigstelle nicht der Vorläufer des Ifo-Instituts.

52 Krengel (1986, S. 48f.) zählt mit dem Gründungsjahr die zwischen 1938 und 1943 eingerichteten Außenstellen, i. d. R. als eingetragene Vereine mit Wagemann als Präsident, auf. In anderen Quellen gibt es leichte Abweichungen bei den Jahreszahlen, weil z. B. Gründung und Eintragung ins Vereinsregister nicht im selben Jahr lagen.

53 Siehe Auszüge und Paraphrasen in Stäglin/Fremdling 2016b, S. 153f.; BA R3601/216.

54 Bericht über die Besprechung im Institut für Wirtschaftsforschung am 4. Oktober 1944, BA R3101/32126, F. 68.

Institut mit „Dr. Bauer“ arbeite ähnlich erfolgreich für „Südosteuropa“, das „schlesische Institut in Kattowitz, sowie das Ostseeeinstitut in Danzig“ seien „sehr arbeitsfähig“, während das „Institut in Braunschweig [...] fast völlig in seiner Arbeitsfähigkeit gehindert“ und das „Münchener Institut [...] in seinen Arbeiten hinter den anderen Instituten zurück“ sei.

Die Gründung von Außenstellen des IfK/DIW außerhalb des erweiterten Reichsgebietes war Teil der deutschen Strategie, die Wirtschaftsforschung Kontinentaleuropas zu beherrschen. Nach dem „streng vertraulichen Vermerk“ des DIW vom 20. April 1942⁵⁵ hatten der „Reichsmarschall [Göring] und der Reichswirtschaftsminister [...] Präsident Wagemann, als Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, den Auftrag gegeben, die auf dem Kontinent bestehenden Konjunktur- und Wirtschaftsforschungsinstitute organisatorisch zu einer europäischen Vereinigung zusammen zu schließen. Zweck dieser Vereinigung ist es, die Arbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Konjunktur- und Forschungsinstitute in Europa, die in Zeiten der staatlichen Wirtschaftslenkung immer mehr an Bedeutung gewinnt, auf eine möglichst breite internationale Basis zu stellen. [...] die in den einzelnen Ländern angewandten wissenschaftlichen Methoden [sollen] vereinheitlicht, Erfahrungen und Material ausgetauscht werden, um [...] die Leistungen der Institute zu steigern und vor allem die Ergebnisse der Forschung für die Bedürfnisse der **wirtschaftlichen Großraumpolitik** [Hervorhebung R.F.] nutzbar zu machen.“ Unumwunden ging es um deutsche Dominanz, denn die „Vereinigung soll an die Stelle der früheren internationalen Vereinigung der Konjunkturinstitute treten, die ganz unter englischem und französischem Einfluß stand. Bei der neuen Vereinigung soll sich der deutsche Führungsanspruch deutlich durchsetzen, freilich in Formen, die einer wissenschaftlichen Vereinigung entsprechen.“ Bestehende Kontakte sollten intensiviert werden, jedoch „soweit es erforderlich und zweckmäßig ist, werden neue Institute ins Leben gerufen, so in den besetzten Westgebieten (Niederlande, Frankreich).“

Trotz der regionalen Verankerung der meisten neuen Institute hatte Däbritz die Gründungswelle bereits Anfang 1941 zutreffend in die Großraumideologie des NS-Staates eingeordnet: Der „im Gange befindliche Ausbau der Außenstellen des Berliner Instituts [kommt] in ganz ausgeprägter Weise dem deutschen Osten zugute (Breslau, Wien, Danzig, Krakau,⁵⁶ Prag usw.). Es hat dies vor allem darin seinen Grund,

55 Beilage zum Brief Wagemanns an den Hauptgeschäftsführer Heinrichsbauer der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien vom 21.4.1942, in dem er erklärte, dass er den „Herrn Botschafter von Hassel“ als „ständigen Delegierten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für den Ausbau und die Pflege der Beziehungen zu den ausländischen Konjunkturinstituten eingesetzt habe.“ BA R63/176 F. 199ff. Mit dem Briefwechsel sollte der Interessenkonflikt in Südosteuropa zwischen dem Wiener Institut für Wirtschaftsforschung (hier war Bauer, der spätere wissenschaftliche Direktor des RWI, leitend tätig) und der Südosteuropa-Gesellschaft ausgeräumt werden. Siehe auch den Antwortbrief Heinrichbauers über die „Reichsaufgabe“ in Südosteuropa an Wagemann vom 25.4.1942, ebd. Zur weiteren Entwicklung der Beziehung zwischen den rivalisierenden Instituten siehe die Quellenverweise in Stäglin/Fremdling 2016b.

56 In anderen Aufzählungen taucht Krakau nicht auf.

daß mit der staatlichen und wirtschaftlichen Neuordnung des deutschen Ostens eine Fülle wirtschaftspolitischer Probleme aufgeworfen werden, deren Klärung dringlich ist.“ Den Gedankengang übertrug Däbritz auf die Essener Abteilung, deren „regionale Konjunkturbeobachtung“ durch eine „vielfältige, den Zeitnotwendigkeiten angepaßte Strukturforschung“ zu ersetzen sei, und „ihren äußeren Ausdruck hätte diese Wandlung darin, daß die Abteilung Westen die Bezeichnung „Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung“ erhält.“ Wie im Osten bereite sich „aber auch die Neuorientierung im Westen vor. Es braucht hier im einzelnen nicht näher dargelegt zu werden, welche große Perspektive sich künftig für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk aus seinem veränderten Verhältnis zu Holland, Belgien, Nord- und Ostfrankreich ergeben werden. Die Umstellung des Essener Instituts auf diese damit bezeichneten Aufgaben ist mithin auch sachlich in höchstem Maße begründet und der Name „Abteilung Westen“ würde dadurch einen neuen erweiterten und vertieften Sinn erhalten.“

Die räumliche Ausdehnung des IfK/DIW ging im Vergleich zur bescheidenen Essener Ausstattung mit erheblich steigendem Personalbestand und höheren allgemeinen Haushaltsmitteln einher. Nach Däbritz lagen die Etats der Zweigstellen zwischen 60.000 (Breslau) und 150.000 (Wien) RM. Essen verfügte zu der Zeit über ein Haushaltsvolumen von lediglich „rd. 40 000 RM“. Für das umzugründende Institut mit dem erweiterten Personalbestand und Aufgabenbereich veranschlagte er 100.000 bis 120.000 RM. In der Namensgebung der Institute schlug sich die Umorientierung von der Konjunkturforschung zu „kriegswichtigen Strukturuntersuchungen“ in „Institute für Wirtschaftsforschung“ nieder. In Breslau wurde 1937/38 das „Schlesische Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung“ errichtet, dessen Satzung schließlich als Modell für das RWI diente.

Am 29. Januar 1943 unterschrieb Wagemann als Präsident des DIW⁵⁷ in Düsseldorf die am 6. Januar 1943 fixierte „Satzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen“. ⁵⁸ Diese Gründungssatzung des einzutragenden Vereins wurde am gleichen Tag für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz von Haake (Landeshauptmann) und Dr. Saarbourg (Landesrat) unterzeichnet und danach in Essen am 1. Februar 1943 von Lange als Verbandsdirektor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, am 2. Februar 1943 von Prof. Dr. Goerens und Dr. Löser für das Direktorium der „FRIED. KRUPP Aktiengesellschaft“, in Oberhausen am 4. Februar 1943 von Lübsen und Hilbert für die Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft, in Essen am 15. Februar 1943 von Springorum und Kauert für die Gelsenkir-

⁵⁷ Er wurde zugleich Präsident des RWI. Obwohl er mit dem Kriegsende die Präsidentschaft des DIW verlor, blieb er beim RWI bis 1947 im Amt. Bruno Kuske wurde dort sein Nachfolger. Siehe Däbritz/Stupp 1956, S. 21.

⁵⁸ Wenn keine andere Quelle angegeben wird, sind alle Archivalien im RWI-Archiv zu finden, Akte Chronik: Briefwechsel und Dokumente zur Verselbständigung der „Essener Abteilung“ des DIW als RWI 1941/43. Zu den Namen der Unterzeichner siehe auch den Brief vom 12. 3. 1943 an das DIW. Der Brief (Kopie, Az. „168/43 d/s“) stammt wahrscheinlich von Däbritz.

chener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft und in Herne am 2. März 1943 von Tengelmann und Tillessen für die Bergwerksgesellschaft Hibernia Aktiengesellschaft. Damit waren die sieben notwendigen Gründer für einen rechtsfähigen Verein zusammen. Die Eintragung ins Vereinsregister („V.R. 705“) beim Amtsgericht Essen, mit der er rechtsfähig wurde, erfolgte am 27. Mai 1943. Der formale Gründungsakt des Vereins, d.h. die Unterzeichnung der Gründungssatzung durch die Gründungsmitglieder, erstreckte sich zwischen dem 29. Januar und dem 2. März 1943. Da also keine konstituierende Gründungsversammlung mit der notwendigen Anzahl an Gründern für die in § 1 angestrebte Eintragung ins Vereinsregister stattfand, hat das RWI keinen eindeutigen Gründungstag. Sein Gründungsdatum fällt entweder auf den 29. Januar 1943 (erste Unterzeichnung der Gründungssatzung) oder erst auf den 27. Mai 1943 (Eintragung ins Vereinsregister).

Im Vorlauf zur eigentlichen Vereinsgründung war eine Reihe von Institutionen oder Firmen gebeten worden, die Verselbständigung des Instituts zu unterstützen.⁵⁹ Konkret ging es um finanzielle Zusagen, die mit der Mitgliedschaft in dem als eingetragener Verein konzipierten RWI verbunden waren. Die Mitglieder des Vereins, das Kuratorium (Mitgliederversammlung), sollten in der Regel juristische Personen sein.⁶⁰ Vorgesehen war, dass die „Privatwirtschaft“ zwei Drittel des von 40.000 RM auf 150.000 RM gesteigerten Etats aufbrächte, während das verbleibende Drittel des Finanzierungsvolumens auf die „öffentliche Hand“ entfiel.⁶¹ Das Archiv des RWI enthält einige Briefabschriften, in denen es um das finanzielle Engagement der Gründer und damit um die Beitrittserklärung zum Kuratorium des RWI ging. Auf den ersten Blick scheint Däbritz keine ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben, da die überlieferten Briefe fast alle Wagemann in der Berliner Zentrale als Empfänger oder Absender verzeichnen. Jedoch belegen die überlieferten Quellen zum Gründungsakt, dass Däbritz die entscheidenden Gespräche im Vorfeld geführt hatte.

Die Gründungsgeschichte wird hier aus den fragmentarisch überlieferten Briefabschriften, Briefentwürfen und Vermerken chronologisch rekonstruiert: Unter Bezug auf die Bemühungen von „Dr. Däbritz“ erklärte Ernst Poensgen,⁶² Vorstandsvorsitzender des mächtigen Konzerns Vereinigte Stahlwerke AG, in seinem Brief an Wagemann vom 1. August 1941, dass „Eisen und Kohle“ bereit seien, „den bisher schon seit Jahren von Kohle und Eisen gezahlten Zuschuß nicht unwesentlich zu erhöhen.“ Vorweg seien allerdings noch „die finanziellen Fragen, die räumliche Abgrenzung, die

⁵⁹ Siehe die Briefabschriften im Archiv des RWI, Akte Chronik: Briefwechsel und Dokumente zur Verselbständigung der „Essener Abteilung“ des DIW als RWI 1941/43.

⁶⁰ Siehe § 4 der beschlossenen Satzung des RWI.

⁶¹ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 26. 2. 1943 an Dr. von Dryander, DIW.

⁶² Ernst Poensgen (1871–1949) gehörte dem Vorstand der „Vereinigte Stahlwerke AG“ seit 1926 zunächst als stellvertretender Vorsitzender und von 1935 bis Ende 1943 als Vorsitzender an. Zu den Vereinigten Stahlwerken und zur führenden Rolle Poensgens in der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes siehe u. a. Pierenkemper 1999, S. 62f., 69; Reckendrees 2000, S. 297, 305, 468 u. passim; Donges 2014.

Personalfragen usw.“ zu besprechen. Nach dem Vermerk vom 24. Oktober 1941 fand die von Ernst Poensgen angekündigte Besprechung mit Sogemeier für „Kohle“ (Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen) und Steinberg für „Eisen“ (Bezirksgruppe Nordwest der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie, Düsseldorf) bei Wagemann in Berlin statt. Vom DIW nahm außerdem noch Wagenführ⁶³ teil. In der Besprechung erklärten die beiden Vertreter der „Unternehmerwirtschaft [...]“ die Bereitwilligkeit der Industrie, die Essener Zweigstelle auf eine breitere Basis zu stellen.“ Konkret wünschten sie „als Stellvertreter des Herrn Präsidenten eine maßgebende Persönlichkeit aus der Industrie einzusetzen; außerdem solle die Essener Zweigstelle selbständig organisiert werden. [...] Als Anteil der von der Industrie und von anderen Wirtschaftskreisen zu zeichnenden Gelder wurde ein Satz von 66 v.H. in Vorschlag gebracht.“ Als Finanzierungsbeitrag wurde „zunächst ein Betrag von 120 000 RM genannt“. Wagemann wies allerdings „darauf hin, daß auf die Dauer eine Erhöhung dieser Summe auf das Doppelte erforderlich sei.“ Sogemeier und Steinberg sagten zu, „von sich aus die Möglichkeiten der Finanzierung“ zu prüfen. Der Vermerk schließt mit der kryptischen Absichtserklärung: „Die Erweiterung der Abteilung Westen soll zunächst in aller Stille erfolgen.“ An einem weiteren Treffen, drei Monate später, nahm statt Steinberg Buskühl⁶⁴ (Vorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen, Essen) teil. Wagenführ vermerkte am 29. Januar 1942 über diese „Besprechung zur Neugestaltung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“ in Berlin, dass Buskühl „im Namen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie“ zugesagt habe, „dem Institut in Essen von der Industrie aus zunächst einen Betrag von 100 000 RM zur Verfügung zu stellen. [...] Eine spätere Erhöhung dieses Betrags bis auf 200 000 RM ist in Aussicht genommen, wenn sich die Aufgaben des Instituts entsprechend erweitern.“ Die angekündigte schriftliche Bestätigung erfolgte im Brief von Helmuth Poensgen⁶⁵ (Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG und ein entfernter Verwandter von Ernst Poensgen) vom 8. April 1942 an Wagemann: „Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß es uns gelungen ist, die Aufbringung von RM 100.000,-, die seitens der Industrie zur Verfügung gestellt werden sollten, für das Geschäftsjahr 1942/43 nunmehr sicherzustellen. Kohle und Eisen werden gemeinsam insgesamt RM 50.000,- und die Gesamtindustrie des Regierungsbezirks Düsseldorf weitere RM 50.000,- zur Verfügung stellen. Damit dürfte die Möglichkeit des Startes für Sie gegeben sein.“ Der fast gleichzeitig verfasste Brief von Buskühl an Wagemann vom 11. April 1942 bestätigte inhaltlich das Schreiben Helmuth Poensgens an Wagemann, erwähnte aber zusätzlich, dass die „noch ausstehenden restlichen 50 000 RM [...] für den Gesamtetat bis zu der vorgesehenen Höhe von 150 000 RM [...] nach Mitteilung von Professor Däbritz gesichert“ seien. Im Übrigen erwartete Buskühl

⁶³ Wagenführ leitete die Industrieabteilung des DIW.

⁶⁴ Generaldirektor der Harpener Bergbau AG, Dortmund.

⁶⁵ Helmuth Poensgen (1887–1945), ein weiteres Mitglied der Industriellenfamilie Poensgen, war von 1926 bis 1945 ebenfalls Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke AG. Reckendrees 2000, S. 468 u. passim.

„nunmehr von Professor Däbritz nähere Vorschläge“ über die „Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses und des Kuratoriums“.

Die Bemühungen um Unterstützung und Finanzierung durch die öffentliche Hand sind nicht so gut wie für die Privatindustrie dokumentiert. Jedoch ist mit dem Brief vom 13. September 1941 des Landeshauptmanns der Rheinprovinz Haake an Wagemann überliefert, dass er die vorgeschlagenen „Ausbaupläne“ der Abteilung Westen fördern wolle und bereit sei, „einen Sitz im Verwaltungsausschuß“⁶⁶ des Instituts zu übernehmen.“ Zudem sei er einverstanden, den „Provinzialzuschuss“ auf bis zu 15.000 RM zu erhöhen, wenn entsprechende „Finanzierungsverhandlungen mit den übrigen in Betracht kommenden Stellen zum Abschluss gebracht“ worden seien. Darüber hinaus hatte die Stadt Essen RM 25.000 und der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen RM 10.000 zugesagt.⁶⁷

Eine zügigere Gründung des Vereins verzögerte sich dadurch, dass Sogemeier (Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen) „mit Rücksicht auf Westfalen“ den Verwaltungsausschuss um ein weiteres Mitglied erweitern wollte, was aber zurückgestellt wurde.⁶⁸ In einem ausführlichen Brief an „Geheimrat Dr. von Dryander“ vom DIW skizzierte Däbritz die Geschichte der Essener Abteilung und beklagte anhaltende Probleme mit der „Provinzialverwaltung Münster“.⁶⁹ Im Gegensatz zur Rheinischen Provinzialverwaltung (1928) sei die westfälische zur Finanzierung der Essener Abteilung „erst im Jahre 1936 und nach grossen Schwierigkeiten“ gewonnen worden. „Im Unterschied zu allen anderen Geldgebern, die uns ihre Zuschüsse ohne Auflage zur Verfügung stellten“, seien „diejenigen von Münster stets mit Sonderaufträgen belastet“ gewesen. „In Münster besteht eine starke Aversion gegen alles, was aus dem Ruhrbezirk kommt. Jene Aufträge liefen vielfach darauf hinaus, uns klein zu halten und für rein westfälische Belange einzusetzen. [...] Bei Beginn des jetzigen Krieges strich [...] die Provinzialverwaltung Münster ihre Zuschüsse mit einer fadenscheinigen Begründung.“ Für den eigentlichen Gründungsakt des Vereins sei man an die „Provinzialregierung Münster“ trotz des Vorschlags von Sogemeier „noch nicht herangetreten“. Sie solle erst einbezogen werden, „wenn das neue Institut steht, da andernfalls Quertreibereien zu befürchten wären.“⁷⁰ Überhaupt ist es bewußte Absicht, die Gründung in aller Stille vorzunehmen.“

⁶⁶ Siehe § 7 der beschlossenen Satzung des RWI: Der „aus mindestens 3 Mitgliedern und ebenso viel Stellvertretern“ bestehende Verwaltungsausschuss „unterstützt und berät den Präsidenten bei der Aufstellung und Durchführung des Arbeitsplanes sowie bei der Aufstellung des Haushaltsplanes.“

⁶⁷ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 26. 2. 1943 an Dr. von Dryander, DIW.

⁶⁸ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 30. 10. 1942 an Wagemann. In der Briefkopie wird Däbritz allerdings nicht als Verfasser genannt.

⁶⁹ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 26. 2. 1943 an Dr. von Dryander, DIW.

⁷⁰ Im Haushalt 1943/44 und im Haushaltsplan 1944/45 tauchte die „Provinzialregierung Münster“ nicht wie die rheinische Provinzialverwaltung in Düsseldorf als Finanzier auf. Siehe die Tabelle 1.4 – 2a.

Neben der Verzögerung durch den Vorschlag Sogemeiers ging es im Brief von Däbritz an Wagemann vom 30. Oktober 1942 um den Entwurf der Satzung des Essener Instituts und die Besetzung der Organe des Vereins. Die Satzung war in Anlehnung an die von „Breslau“, also des 1938 gegründeten „Niederschlesischen Instituts für Wirtschaftsforschung“, mit kleinen auf „Essener Verhältnisse“ zugeschnittenen Änderungen von den „Justiziaren der Vereinigten Stahlwerke, Düsseldorf, und des Vereins der bergbaulichen Interessen, Essen“ entworfen worden. Für den Verwaltungsausschuss waren lediglich drei Mitglieder vorgesehen:

Dr. Helmuth Poensgen, Vereinigte Stahlwerke AG, Düsseldorf
 Generaldirektor Bergassessor Buskühl, Harpener Bergbau-AG, Dortmund
 Oberbürgermeister Dillgardt, Essen

Das Kuratorium (laut Satzung die Mitgliederversammlung) sollte „zunächst nur ganz klein und zwar je zwei Firmen von Kohle und Eisen“ umfassen:

Fried. Krupp AG, Essen
 Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, Oberhausen
 Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne
 Essener Steinkohlenbergwerke AG, Essen

„Ferner je zwei Vertreter der öffentlichen Hand“:

Landeshauptmann Haake. Oberpräsident der Rheinprovinz (Verwaltung des Provinzialverbandes), Düsseldorf

Verbandsdirektor Lange, Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen

Den Vorschlag für die „öffentliche Hand“ sah Däbritz als „Provisorium“ an, denn „wenn die Angelegenheit, Kolbow, Münster bereinigt ist, würden alle drei in den Verwaltungsausschuss übertreten.“

Darüber hinaus erteilte Däbritz dem „Herrn Präsidenten“ detaillierte Ratschläge zu den Schreiben an die Kuratoriumsmitglieder: Diejenigen an die Eisenfirmen seien zugleich von Poensgen und diejenigen an die Kohlefirmen zugleich von Buskühl zu unterschreiben. Entwürfe seien beigelegt und Däbritz bat, „die Fertigschreiben“ an ihn „zur Weiterleitung zu übersenden.“ Vor dem Gruß mit „Heil Hitler!“ schloss der Brief mit „alsdann Einberufung einer konstituierenden Sitzung in Essen“.

Nachdem somit alle Voraussetzungen für die formale Gründung des Vereins RWI gegeben waren und Däbritz selbst die Schriftstücke und ihre Versendung vorbereitet hatte, trat Wagemann von Berlin aus gut drei Wochen später in Aktion. In seinem Brief vom 23. November 1942 an die vier Gründungsmitglieder aus der Privatwirtschaft skizzierte er den Anlass des Schreibens und verwies auf die Verhandlungen, die Däbritz erfolgreich geführt hatte:⁷¹

„Nachdem die Abteilung Westen in Essen lange Zeit die einzige Zweigstelle des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (früher Institut für Konjunkturfor-

⁷¹ Zu den folgenden Zitaten siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Briefentwurf Wagemanns vom 23.11.1942 an die Vorstände der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Friedrich Krupp AG und an die Bergwerksgesellschaft Hibernia AG.

schung) gewesen ist, hat der Erstunterzeichnete in letzter Zeit auf Anregung der jeweiligen örtlichen Instanzen eine Reihe weiterer selbständiger Aussenstellen ins Leben gerufen und zwar in Breslau, Kattowitz, Danzig, Prag, den Haag,⁷² Braunschweig und München. Diese Stellen arbeiten in Personalunion mit dem Berliner Institut, sind aber grundsätzlich autonom. Damit hat sich der Wunsch ergeben, auch die Essener Stelle zu verselbständigen und ihr ein grösseres Fundament zu geben, damit sie den an sie herangetragenen Aufgaben gewachsen ist.

Zwischenzeitliche Besprechungen, die Herr Professor Däbritz mit der Bezirksgruppe Nordwest Düsseldorf, und dem Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen, geführt hat, haben zu einem positiven Ergebnis geführt; beide Stellen haben die erforderlichen Mittel zugesagt.“

Wagemann hielt sich genau an die von Däbritz⁷³ vorgeschlagene Besetzung der Vereinsorgane. Sowohl der Verwaltungsausschuss als auch das Kuratorium, also die Vereinsmitglieder, seien „für die Zwecke der Gründung“ vorläufig und zahlenmäßig klein gehalten. Für sich beanspruchte Wagemann die Präsidentschaft, d. h. den alleinigen Vorstand im Sinne des Vereinsgesetzes, und einen Sitz im vierköpfigen Verwaltungsausschuss. In diesem Briefentwurf für die „Privatindustrie“ baten die „Unterzeichneten“, neben Wagemann, Poensgen oder Buskühl, um den Beitritt der Firmen zum Kuratorium. Mit Verweis auf Däbritz bat Wagemann Dillgardt (Oberbürgermeister der Stadt Essen), dem Verwaltungsausschuss und Lange (Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk Essen), dem Kuratorium „beizutreten“.⁷⁴ In kurzen Antwortbriefen an Wagemann sagten die Angeschriebenen zu: Lange (Ruhrkohlenbezirk) am 12. Dezember 1942; Lübsen (Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb) am 13. Dezember 1942; Springorum bzw. Kauert als Stellvertreter (Gelsenkirchener Bergwerks-AG) am 18. Dezember 1942; Dillgardt (OB Essen) am 22. Dezember 1942; Löser (Friedr. Krupp A.G., Gußstahlfabrik) am 31. Dezember 1942; Haake (Landeshauptmann der Rheinprovinz) am 11. Januar 1943 und Tengelmann (Vorsitzender des Vorstandes der Bergwerksgesellschaft Hibernia A. G.) am 8. Februar 1943.⁷⁵

Bevor alle sieben Gründungsmitglieder die Satzung unterschrieben hatten, fand bereits am 26. Februar 1943 eine außerordentliche Kuratoriumssitzung für alle Mitglieder in Essen statt:

„Niederschrift über die ausserordentliche
Kuratoriums- (Mitglieder-) Versammlung
vom 26. Februar 1943.

⁷² In anderen Dokumenten wird für die besetzten Niederlande sonst immer Amsterdam als Sitz genannt.

⁷³ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 30.10.1942 an Wagemann.

⁷⁴ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief Wagemanns vom 25.11.1942 an Dillgardt bzw. Lange (ohne Datum).

⁷⁵ Siehe die entsprechenden Briefabschriften im RWI-Archiv Akte Chronik.

Auf der Tagesordnung der heutigen ausserordentlichen Kuratoriums- (Mitglieder-) Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, die durch eingeschriebene, am 19. Februar 1943 zur Post gegebene Briefe an sämtliche Mitglieder berufen worden ist, stand die Wahl des Präsidenten (Vorstand im Sinne des § 26 BGB.):

Herr Verbandsdirektor Lange übernahm den Vorsitz und eröffnete die Versammlung um 12 Uhr.

Es wurde einstimmig beschlossen:

Herr Präsident Ernst Wagemann, Berlin, wird auf die satzungsgemässe Dauer von 5 Jahren⁷⁶ zum Präsidenten gewählt.

Essen, den 26. Februar 1943

gez. Lange

gez. Springorum

Die Richtigkeit bestätigt:

Dr. Däbritz,⁷⁷

Das kurze Protokoll enthält keine Anwesenheitsliste, Wagemann selbst hatte an der Sitzung nicht teilgenommen und erklärte die Annahme der Präsidentschaft im Nachhinein mit einem Rundbrief vom 31. März 1943 an die Kuratoriumsmitglieder.⁷⁸ In demselben Rundschreiben schlug Wagemann dem Kuratorium als Mitglieder des Verwaltungsausschusses Helmuth Poensgen, Buskühl und Dillgardt und Helmuth Poensgen zugleich als stellvertretenden Präsidenten vor. Die Antwortschreiben gingen alle letztlich zustimmend direkt an Däbritz nach Essen. Dabei wurden Salewski (Bezirksgruppe Nordwest der eisenschaffenden Industrie, Düsseldorf, Stahlhof) als Stellvertreter Poensgens und Sogemeier als Stellvertreter Buskühs für den Verwaltungsausschuss benannt. Die Stelle des Stellvertreters von Dillgardt blieb offen.⁷⁹ Tengelmann von der Hibernia hatte in einem Telefongespräch am 9. April 1943 Alfried Krupp von Bohlen und Halbach als stellvertretenden Vorsitzenden empfohlen, der allerdings „wegen der Neuordnung bei Krupp abgelehnt und Professor Goerens vorgeschlagen“ hatte. „Ich [Däbritz] habe darauf hingewiesen, daß der Vorschlag Poensgen nach Rücksprache von Präsident Wagemann mit Herrn Buskühl erfolgt sei und Hellmuth Poensgen nicht nur als Vertreter der Eisenseite zu gelten habe.“⁸⁰

Neben der Besetzung der Vereinsorgane mussten die sieben Kuratoriumsmitglieder die Gründungssatzung für die Eintragung ins Vereinsregister unterschreiben. Dies geschah an verschiedenen Orten zwischen dem 29. Januar und dem 2. März 1943.

⁷⁶ Formell blieb Wagemann bis 1947 im Amt. Siehe dazu unten Toni Pierenkemper.

⁷⁷ RWI-Archiv Akte Chronik: Abschrift der Niederschrift über die außerordentliche Kuratoriumsversammlung vom 26. Februar 1943.

⁷⁸ RWI-Archiv Akte Chronik: Abschrift des Briefentwurfs Wagemanns an die Kuratoriumsmitglieder.

⁷⁹ RWI-Archiv Akte Chronik: Briefe der Kuratoriumsmitglieder an Däbritz zwischen dem 2.3. und 19.4. 1943.

⁸⁰ RWI-Archiv Akte Chronik: Notiz zum „Anruf von Landrat Tengelmann, Hibernia, am 9.3.43 mittags.“



Abb. 2: Däbritz, Buskühl (Harpener Bergbau AG), Wagemann, Helmuth Poensgen (Vereinigte Stahlwerke AG) 1943 (von links nach rechts)

Nachdem mit Tengelmann und Tillessen für die Hibernia auch noch die letzten Unterschriften unter die Gründungssatzung gesetzt waren, übersandte Däbritz mit dem Anschreiben vom 12. März 1943 „die neue Satzung des Essener Instituts mit den notwendigen 7 Unterschriften versehen“ an das DIW in Berlin. Däbritz bot an, „die Anmeldung zum Register“ von Essen aus zu tätigen.⁸¹

Trotz der Präsidentschaft Wagemanns sah sich Däbritz als den eigentlichen Leiter des RWI. In seinem im Januar 1944 publizierten Abriss zur Verselbständigung der „Abteilung Essen“ und damit zur Gründung des RWI leitete er den Abschnitt über die Organe des eingetragenen Vereins RWI und seine personelle Besetzung mit dem Satz ein: „Ihre [der Abteilung Essen] Leitung liegt bei Professor Dr. Däbritz.“⁸² Im Januar 1944 war der anfänglich bewusst klein gehaltene Verwaltungsausschuss erweitert worden: Hinzu kamen „die Präsidenten der vier Gauwirtschaftskammern“⁸³ Höfermann (Düsseldorf), Dr. Vögler⁸⁴ (Essen), Francke (Westfalen-Nord), Dr. Klönne (Westfalen-Süd)“. Die „öffentliche Hand“ war zusätzlich mit dem Landeshauptmann Haake (Düsseldorf) vertreten. Offensichtlich war Anfang Januar immer noch kein

⁸¹ RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 12.3.1943 an das DIW. In der Briefkopie wird Däbritz allerdings nicht als Verfasser genannt.

⁸² RWI-Archiv Akte Chronik: Professor Dr. Däbritz, Essen, „Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 12, 13.1.1944.

⁸³ Zur neuen Verwaltungseinteilung in „Gau“ siehe Moldrings (1944) mit dem Vorwort von Däbritz.

⁸⁴ Einer der führenden Industriellen des Ruhrgebiets, u. a. 1926 erster Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke. Reckendrees 2000, S. 297.

Einvernehmen mit der westfälischen Provinzialverwaltung in Münster erzielt worden, im RWI mitzuwirken.⁸⁵ Dem Kuratorium, also der Mitgliederversammlung, traten keine weiteren juristischen Personen bei. Däbritz schrieb lediglich lapidar: „Ergänzungen sind vorgesehen.“ Die prominenten Persönlichkeiten, die in den Organen des RWI mitarbeiteten, würdigte Däbritz in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* damit, dass „personelle Verbindungen [...] zu allen wichtigen regionalen Verwaltungs- und Wirtschaftsstellen“ bestünden: „den Landesplanungsbehörden, den Gauwirtschaftskammern, den Gauarbeitsämtern, den Rüstungsobmännern der Rüstungskommandos u. a.“

Das Mutterinstitut in Berlin war erst 1935 von einem „unselbständigen Zweckvermögen“ in einen eingetragenen Verein umgewandelt worden.⁸⁶ Ein Vergleich der IfK-Satzung von 1935 mit der späteren des RWI⁸⁷ zeigt große Übereinstimmungen, aber auch signifikante Abweichungen: Gemeinsam war die starke Stellung Wagemanns, der als Präsident auch Vorsitzender der weiteren Organe, des Verwaltungsausschusses und des Kuratoriums (Mitgliederversammlung) war. Beim IfK wurde der Präsident auf „unbestimmte Zeit gewählt“, beim RWI jedoch lediglich für „die Dauer von 5 Jahren.“⁸⁸ Das „Führerprinzip“ galt beim IfK/DIW konsequent, denn alle Angelegenheiten standen ausschließlich unter seiner „eigenen Verantwortlichkeit“. Anders als das RWI⁸⁹ verzichtete das Berliner Institut auf die Wahl eines Vertreters des Präsidenten. Einen entsprechenden Vorschlag auf der Kuratoriumssitzung des IfK, auf der die Satzung verabschiedet wurde, hatte Wagemann abgeblockt. Im entsprechenden Paragraphen hieß es dezidiert: „Im Falle der Behinderung bestellt der Präsident einen oder mehrere Stellvertreter.“ Da Wagemanns Anwesenheit in Essen eher selten war, reichte für die laufenden Geschäfte eine solche Ad-hoc-Vertretung nicht aus. Aber auch hier sicherte er sich die Kontrolle, indem er als „Präsident [...] befugt [war] sich in der wissenschaftlichen Leitung sowie der laufenden Verwaltungsgeschäfte durch einen oder mehrere **von ihm berufene** (Hervorhebung R. F.) Geschäftsführer [...] vertreten zu lassen.“ Unter-

⁸⁵ Siehe den Brief vom Landesrat Saarbouurg (Düsseldorf, Landeshaus) an Däbritz vom 10. 4. 1943, der darauf verwies, dass „nach den früheren Besprechungen [...] in dem Verwaltungsausschuss die Herren Landeshauptleute von Rheinland und Westfalen und der Herr Oberbürgermeister von Essen die öffentliche Hand vertreten“ sollten, RWI-Archiv Akte Chronik. Siehe auch die Haushaltsrechnungen 1943/44 und 1944/45 (Plan) ohne Beiträge aus Münster, WWA K1 Nr. 2080.

⁸⁶ Beschluss des Kuratoriums am 29. 11. 1935, Eintragung ins Vereinsregister am 24. 3. 1936; siehe das Protokoll der Kuratoriumssitzung und die Satzung: Registergericht beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg: Vereinsregister Gesch.Nr. 581; vgl. auch Krenzel 1986, S. 40f. Mit der Namensänderung in „Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung“ wurde lediglich § 1 der Satzung angepasst, siehe die Satzung in BA R4701/13655 (2) F. 399 und zum Beschluss des Kuratoriums BA R11/111, Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 18. 6. 1941.

⁸⁷ Damit auch indirekt mit der des Breslauer Instituts, welche die Vorlage für die RWI-Satzung bildete.

⁸⁸ Also nach der konstituierenden Kuratoriumssitzung vom 26. 2. 1943 bis zum 25. 2. 1948.

⁸⁹ Helmuth Poensgen dürfte allerdings als „stellvertretender Präsident“ nicht neben Däbritz in die laufenden Geschäfte des RWI einbezogen worden sein.

schiede gab es in der Mitgliedschaft: In beiden Satzungen sollten zwar die Mitglieder juristische Personen sein: „nur“ (IfK) oder „in der Regel“ (RWI); immer jedoch mit „zulässigen“ Ausnahmen. Allerdings sollte nach der Satzung des RWI das Kuratorium „aus Vertretern der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand“ im „Verhältnis 2:1“ bestehen, während im IfK von Anfang an staatliche Institutionen (Reich) oder Körperschaften des öffentlichen Rechts (Wirtschaftskammern) dominierten.⁹⁰ Eine der Satzung des RWI entsprechende Bestimmung fehlte zwar, doch wurde eine Auflösung des Vereins IfK nach § 11 an die „Zustimmung der Reichsregierung und der Körperschaften des öffentlichen Rechts“ gekoppelt.

2.3 Beschäftigte

Der größte Posten der laufenden Ausgaben entfiel auf die Personalkosten (Gehälter und Honorare). Deshalb kann stellvertretend für die nicht lückenlos vorhandenen jährlichen Haushaltsvolumina die Entwicklung des Personalbestandes als Maßstab für den Ausbau des Instituts herangezogen werden. In Tabelle 1.4–3 sind die beim Essener Institut Beschäftigten mit ihrem Namen, ihrer Funktion und ihren Ein- und Austrittsjahren erfasst.

Im Jahr 1926 beschäftigte die gerade eingerichtete Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung in Essen neben ihrem Leiter, Walther Däbritz, einen „wissenschaftlichen Hilfsarbeiter und zwei Bürokräfte.“⁹¹ In der tabellarischen Zusammenstellung schlagen sich der Anstieg des Personals nach der Gründung und die Ausdünnung während der Weltwirtschaftskrise, vor allem 1932, nieder. Noch Anfang Februar 1941 waren im Institut lediglich zwei „Referenten“ beschäftigt: „Es erscheint für die Zukunft erforderlich, für die wichtigsten Arbeitsgebiete eigene wissenschaftliche Fachreferate zu bilden, derart, dass die Zahl der Referenten von bisher 2 auf 4 bis 5 erhöht wird.“⁹² In der Kriegswirtschaft seit 1941/42 stieg der Mitarbeiterstab des RWI gewaltig an.⁹³ Die Korrelation des Personalbestandes mit den detailliert erörterten Beiträgen der Industrie- und Handelskammern zum Essener Institutshaushalt und mit

⁹⁰ Siehe die Liste der Mitglieder mit ihren Beiträgen im Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1935/36, BA R2501/6835 F. 413 RS. Private Unternehmen waren über die Wirtschaftsgruppen, z. B. Reichsgruppe Industrie, indirekt vertreten. Selbst nach dem Krieg wollte das DIW ausdrücklich nicht „privatwirtschaftliche Unternehmen im eigentlichen engeren Sinne“ (Präsident Friedensburg) aufnehmen, Ausnahme Kommunalunternehmen wie die Berliner „Bewag“. Siehe die Diskussion auf der Kuratoriumssitzung des DIW nach dem Protokoll vom 21.2.1947, BA DY34/20402.

⁹¹ IfK Jahresbericht 1925/26, BA R 2501/6834 (64,17), F. 109 f. Siehe auch Tabelle 1.4–3 Beschäftigte des RWI. Hauptamtlich war Däbritz bei der Stadt Essen beschäftigt.

⁹² Tätigkeitsbericht der Abteilung Westen für die Jahre 1939 und 1940 vom 6.2.1941, WA-LWL 722/55.

⁹³ Nach einer anderen Quelle (Protokoll des Verwaltungsrates vom 22.02.1950), die Toni Pierenkemper unten zusätzlich heranzieht, ergeben sich am Kriegsende und unmittelbar danach andere Zahlen als die in Tabelle 1.4–3 aufgeführten.

Tabelle 1.4 – 3: Beschäftigte des RWI 1926 – 1951

[illegible]

Quelle: RWI-Archiv Akte Chronik: Ausgeschiedene Mitarbeiter des Instituts

Zu Beginn des Geschäftsjahres 1942/43 waren im Institut außer dem Leiter tätig: 3 wiss. Referenten, 2 Bürokräfte

Am Schluss des Geschäftsjahres 1942/43 waren im Institut außer dem Leiter tätig: 5 wiss. Referenten, 8 Bürokräfte

RWI-Archiv Akte Chronik: Gesichtspunkte für den Ausbau des Konjunkturinstituts Essen vom 15.10.1940

1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951			
								Bald, Hanna	Sekretärin	26.4.26 – 1.4.27
								Curlbaum, Dr. Ludwig	Referent	1.5.26 – 1.4.39
								Kühltau, Walter	Büro, Referent	1.5.26 – 31.3.30
								Oberländer, Irene	Stenotypistin	1.4.27 – ?
								Schöbel, Dr. Fritz	Wissenschaftliche Hilfskraft	1.4.27 – 15.3.29
								Spiecker, Toni	Sekretärin	1.4.27 – ?
								Meyer, Else	Stenotypistin	30.9.27 – 31.12.31
								Frank, Dr. Wilhelm	Volontär (wissenschaftl. Referent)	30.12.27 – 15.6.28
x	x							Bartilla (Chandon), Selma	Sekretärin	1.2.28 – 31.7.45
								Voss, Otto	Statistischer Hilfsarbeiter	10.4.28 – 28.6.30
								Borghardt, Else	Stenotypistin	9.7.28 – 30.9.29
								Horn, Dr. Walter	Wissenschaftlicher Assistent	1.4.29 – 31.12.31
								Kerdels, Ady	Statistische Hilfskraft	15.9.29 – 21.6.30
								Koppers, Dr.	Wissenschaftliche Hilfskraft	15.9.29 – 31.1.30
								Schröder, Dr. Johann	Wissenschaftliche Hilfskraft	15.2.30 – 15.7.30
x	x	x						Chandon, Emil	Referent	1.4.30 – 30.6.46
								Sander, Conrad	Statistische Hilfskraft	1.6.30 – 31.12.31
								Kestermann, Dr. Alfred	Wissenschaftliche Hilfskraft	5.9.30 – 31.12.30, 15.8.33 – 18.11.33
								Wolff, Fritz		1.6.31 – 30.9.31
								Weber, Peter	Statistische Hilfskraft	15.9.32 – 15.2.33
								Freienried, Dr. Bruno	Referent	1.6.34 – 1.9.38
								Witteborg, Dr. Julius		1.9.37 – 31.3.38
								Helmrich, Dr. Wilhelm	Referent	15.10.38 – 31.10.41
								Hayn, Dr. Wilhelm		1.1.39 – 28.2.39
								Kortmann, Ellen	Büroanfängerin	9.10.40 – 31.3.41
								Hötte, Maria	Stenotypistin	1.2.41 – 15.3.42
x	x							Moldrings, Dr. Else	Referentin	1.4.41 – 30.4.45
x	x	x	x					Schaefer, Irmgard	Sekretärin	16.5.41 – 30.9.47
x	x							Meurer, Dr. Albert	Referent, Honorar	1.11.1941 – 31.12.44, 1.1.45 – 1.5.45
								Schraven, Helga	Stenotypistin	15.4.42 – 30.4.43
								Cless, Dr. Herta	Referentin	11.5.42 – 1.8.43
x	x							Odenthal, Dr. Matthias	Referent	15.7.42 – 31.10.45
x	x	x						Engelhard, Bernd	Zeichner	7.9.42 – 30.4.46
								Hüsgen	halbtägige stenotypistische Hilfskraft	1.10.42 – 1.3.43
								Lathe, Hilde	Stenotypistin	15.10.42 – 30.9.43
x	x							Hermesen, Ilse	Statistik	1.11.42 – 31.3.45
x								Ciecerski, Adelheid	Anlernling	15.11.42 – 17.6.44
								Langlotz, Gustav Adolf		1.8.43 – 31.10.43
x	x	x	x	x				Wagner, Herta	Sekretärin	1.7.43 – 30.6.48
x	x	x	x	x	x			Bohrer, Dr. Hermann	Referent, Honorar	1.9.44 – 1.5.49
x	x	x	x	x	x	x	x	Klag, Dr. Kurt	Referent	1.9.44 – 5.5.51
								Hasenack, Prof. Wilhelm	Direktor	15.5.47 – 1.6.49
								Schliwa, Ruth	Sekretärin	1.7.47 – 30.11.49
								Ruthkötter, Dipl.-Volksw. Hermann	Honorar	1.8.47 – 31.10.47, 1.4.51 – ?
								Herfoth, Dipl.Kfm. Wolfgang	Referent	1.10.47 – 30.4.48
								Triebel, Waldemar		1.10.47 – 30.4.48
								Macht, Dipl.Ing., Theodor	Referent	1.3.48 – 31.12.49
								Jürgens		15.3.48 – 15.5.48
								Tittel, Dr. Herbert	Referent	15.4.48 – 31.12.49
								Henn, Hannelore	Stenotypistin	1.5.48 – 15.5.49
								Rieckel, Dipl.Volks-w., Wilhelm	Referent	1.11.48 – 15.3.49
								Kleine, Martha	Stenotypistin	15.11.48 – 1.3.49
								Riethmann, Dipl.Kfm., Wilhelm	Referent, Honorar	1.6.49 – 31.3.51, 1.4.51 – ?
								Wolff, Anneliese		15.9.50 – 31.10.50

den zwischen 1926/27 und 1934/35 im IfK-Haushalt ausgewiesenen Beiträgen ist evident.

2.4 Gebäude – Krieg und Bombardierung des Instituts

Die Abteilung Westen des IfK in Essen wurde bei der Gründung 1926 zunächst in einem Gebäude in der Surmannsgasse 2 im zweiten Stock untergebracht; im Mai 1930 übersiedelte sie in den Nordflügel der Stadtbibliothek, Hindenburgstraße 45.⁹⁴ Während des Krieges musste das Institut wegen alliierter Luftangriffe auf Essen mehrmals umziehen. Im Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1942/43 wurden die Bombenangriffe auf Essen und das Institut noch am Schluss unter „Verschiedenes“ abgehandelt, während der folgende „Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1943/44“ an erster Stelle über die „Feindeinwirkungen“ berichtete.⁹⁵ Das Bibliotheksgebäude wurde beim „Grossangriff auf Essen am 5. März 1943“ durch „eine Anzahl von Brandbomben getroffen, die jedoch gelöscht werden konnten. Bei dem zweiten Grossangriff vom 12. März 1943 wurde das Gebäude der Stadtbibliothek durch eine Luftmine schwer beschädigt, seine Rückwand zertrümmert und dadurch das Institut erheblich mitgenommen.“ Ein Teil der Einrichtung wurde zerstört, „die Mehrzahl des Mobiliars und der Akten“ konnte jedoch geborgen werden. Wegen der Bauauffälligkeit des Gebäudes zog das Institut in „sehr beschränkte neue Räume im Folkwangmuseum Bismarckstr. 66“. Eine „einigermaßen geordnete Tätigkeit“ konnte man erst wieder nach zwei Monaten aufnehmen. Der 1942/43er Arbeitsbericht beklagte ferner verminderte Arbeitsleistungen in den folgenden Monaten, weil Angestellte zum Luftschutzdienst bei den „zahlreichen Fliegerangriffen mit ihren nächtlichen Alarmen“ herangezogen wurden und der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr zeitweise unterbrochen war. Zudem wurden die Wohnungen mehrerer Angestellter von Bomben getroffen.⁹⁶

Am 26. März 1944 zerstörten „feindliche Brandbomben [...] sämtliche Büros“. „Dabei ging der größte Teil der Handbibliothek, das Archiv, die laufende Korrespondenz sowie das gesamte Büromaterial verloren.“ Im selben Nordflügel des Folkwangmuseums (Bismarckstraße 64) wurden Räume für die Institutsarbeit hergerichtet. Jedoch „kurz nachdem hier ein geordneter Betrieb aufgenommen worden war, wurde dieses Haus am 26. April 1944 durch einen Minenvolltreffer in einen Trümmerhaufen verwandelt, wobei abermals alles Mobiliar verloren ging. Glücklicherweise hatten in beiden Fällen die Keller standgehalten, so daß das gesamte Geheimmaterial und die Büromaschinen gerettet wurden.“ Das Institut bezog schließlich Räume in der

⁹⁴ RWI-Archiv Akte Chronik: Institutsräume.

⁹⁵ Alle Zitate aus beiden Berichten: Tätigkeitsbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Abteilung Westen, für das Jahr 1943/43 vom 16. 6. 1943, RWI-Archiv Akte Chronik; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1943/44 und Arbeitsplan für das Geschäftsjahr 1944/45 vom 19. 9. 1944, WWA K1 Nr. 2080.

⁹⁶ „Drei Angestellte erlitten Totalschäden, vier Angestellte mehr oder weniger grosse Teilschäden.“

Dienstwohnung (Bismarckstraße 62) des Essener Oberbürgermeisters Dillgardt. Da das Haus auch „schwer beschädigt war, ergab sich für längere Zeit ein völliger Notstand“, zumal weitere Bomben, vor allem am 23. Oktober 1944, das Gebäude trafen.⁹⁷ Trotz weiterer zugewiesener Räume musste sich das RWI bis in die Nachkriegszeit mit der durch Bombardierungen verursachten prekären räumlichen Situation abfinden.

Die Arbeit wurde, wie schon im Bericht des Vorjahres vermerkt, auch dadurch beeinträchtigt, dass die Wohnungen von Institutsmitgliedern von Bomben getroffen und einige Mitarbeiter verwundet wurden.⁹⁸ Hinzu kam, dass „die wissenschaftliche Handbibliothek des Instituts nur allmählich wieder ergänzt“ werden konnte. Eine zumindest teilweise Verlegung des Instituts nach außerhalb von Essen wurde erwogen, denn „im Sommer 1944 sicherte sich das Institut für weitere Eventualitäten eine Ausweichstelle in Bonn, Poppelsdorfer Allee 45, die bisher [Stand 19. September 1944] noch nicht benutzt wurde.“ Als der Tätigkeitsbericht im Herbst 1944 verfasst wurde, hatten Berliner Ministerien, das StRA und das DIW schon längst Ausweichstellen bezogen, die besser geschützt waren (z. B. Bergwerke im Harz) oder die keine primären Ziele alliierter Bombenangriffe darstellten. Das DIW hatte bereits im Spätherbst 1943 Personal und Material aus der Berliner Fasanenstraße nach Feldberg in Mecklenburg verlegt.⁹⁹ Für das RWI änderte sich die schwierige Raumsituation erst lange nach dem Krieg: 1947/48 wurde das Haus in der Essener Bismarckstraße 62 als Institutsgebäude des RWI wieder aufgebaut.¹⁰⁰

⁹⁷ RWI-Archiv Akte Chronik: Institutsräume.

⁹⁸ [...] dass „Angehörige des Instituts total oder teilweise geschädigt oder verwundet wurden.“

⁹⁹ Kregel 1986, S. 73f.

¹⁰⁰ RWI-Archiv Akte Grundbuch: Erbbau. Haus Altbau und hier dazu Teil II. von Toni Pierenkemper.